

Zukunft der Aufgaben des BStU – Reformbedarf für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den Folgen kommunistischer Diktatur

Grundsätzlich

- Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist eine gesellschaftliche Aufgabe, staatliche Institutionen sollten weniger Akteur sondern mehr Dienstleister und Unterstützer in diesem Prozess sein
- Es darf keine Doppelstrukturen staatlicher Institutionen zur Unterstützung der Aufarbeitung geben, der Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft ist Rechnung zu tragen, Bund und Länder müssen sich besser abstimmen mit dem Ziel einer klar definierten Arbeitsteilung
- Eine Dominanz des Themas Staatssicherheit ist für die Aufarbeitung nachteilig. Die teilweise vollzogene Veränderung der Aufgaben und des Namens der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. kommunistischer Diktatur sollte fortgesetzt werden
- Die direkt von den Parlamenten gewählten Beauftragten fungieren in ihrer Rolle eines/einer Ombudsmann/frau für die Folgen der Diktatur als Brücke zwischen Opfern, Gesellschaft und Politik. Auf Bundesebene wird dafür vielfach der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Anspruch genommen
- Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur ist deutlicher als bisher als eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu betrachten, die im internationalen Kontext steht und einen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für den Wert der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte leisten kann
- Besonders mit Blick auf die nachwachsenden Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der Zeit der deutschen Teilung besitzen, erfordern die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Instrumente und Formen der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur weiterzuentwickeln

Sicherung, Erfassung und Erschließung der Stasi-Unterlagen

- Schaffung archivarischer Standards für die Lagerung der Unterlagen einschließlich des archivgerechten Ausbaus oder Neubaus von Gebäuden
- Schaffung von Voraussetzungen für eine verstärkte Digitalisierung von Archivgut zur Nutzung und Sicherung im Sinne der vom Deutschen Bundestag 2012 beschlossenen Digitalisierungsoffensive für das kulturelle Erbe
- Bündelung von Ressourcen der Archive des Bundes auf technischer Ebene (z.B. Digitalisierung, Rekonstruktionswerkstätten, Magazine, IT)

- Zusammenarbeit von Spezialisten der Archive des Bundes in Kompetenzzentren zum Beispiel für die Digitalisierung, Konservierung oder Restaurierung verschiedener Archivguttypen
- Anwendung eines einheitlichen Archivverwaltungssystems für die Archive des Bundes (BASYS)
- Verstärkte Erstellung von Findmitteln und Weiterentwicklung von bestandsübergreifenden Rechercheportalen der Archive des Bundes für externe Nutzer (zur Zeit ARGUS mit Beständen DDR, SAPMO, Stasi-Unterlagen-Archiv)
- Intensivere koordinierte Beteiligung der Archive des Bundes an nationalen und internationalen Rechercheportalen (Archivportal D, Deutsche Digitale Bibliothek, Archivportal Europa)

Verwendung der Stasi Unterlagen

- Erteilung von Auskünften, Mitteilung aus Unterlagen, Gewährung von Akteneinsicht, Herausgabe von Unterlagen entsprechend des StUG mit einer verstärkten Herausstellung der eigenen Rolle als Archiv, um einer Wahrnehmung einer amtliche Deutung von Stasi-Unterlagen entgegenzutreten
- Effizientere Bearbeitung der Anträge zur persönlichen Akteneinsicht durch Änderungen in den Rechercheabläufen und Optimierung der IT-Verfahren,
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Herausgabe von Unterlagen in Form von Digitalisaten insbesondere für Forschung und Medien
- Bessere Recherchemöglichkeit für externe Nutzer zur Forschung im Internet als auch in den Lesesälen durch technische Lösungen unter Beachtung des StUG
- Bessere Beratung bei der Recherche für externe Nutzer zur Forschung durch bessere personelle Verzahnung der Arbeit mit den Archivbeständen und der Betreuung der Nutzer
- Verbesserung des Zugangs zum Archivgut durch die Bereitstellung von Editionen als Leitquellen, sowie verstärkt multimediale themenbezogene Präsentation von Archivbeständen im Internet (z.B. Mediatheken, Dokumentensammlungen)

Bildung und Forschung

- Angebote zur Unterstützung der politischen Bildung nicht als staatlich vorgegebenes Geschichtsbild, sondern zur Befähigung zum eigenen Urteil
- Zeitgemäßere lebensnahe Vermittlung von Geschichte durch Nutzung moderner Medien und historischer Orte
- Stärkere Präsentation des Stasi-Unterlagen-Archivs als besonderen Archivbestand mit Symbolcharakter für Repression, Revolution und Aufklärung

- Zielgerichtetere Nutzung des Stasi-Unterlagen- Archivs für archivpädagogische Angebote zur Anregung zum selbstständigen Forschen und kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
- Erweiterung des Forschungsgegenstandes vom bisherigen ausschließlichen MfS-Bezug hin zu den Herrschaftsmechanismen der kommunistischen Diktatur, gleichzeitig Weiterentwicklung einer zweckgerichteten Bestandsforschung beim Archiv zur Verbesserung des Zugangs zu den Stasi-Unterlagen
- Lösung des Spannungsfeldes zwischen dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit und den Anforderungen einer zweckgerichteten Forschungstätigkeit innerhalb einer staatlichen Behörde

Außenstellen

- Bei Beibehaltung einer weiteren Präsenz der MfS-Unterlagen in Trägerschaft des Bundes in den ostdeutschen Bundesländern: Zusammenlegung von Archivstandorten unter Abwägung der nachfolgenden Kriterien:
 - Archivgerechte Lagerung der Unterlagen
 - Effiziente Arbeitsstrukturen in Archiv und Verwaltung
 - Nutzung der historischen Orte in der Vermittlung
 - Einbindung in die regionale Gedenkstätten-, Bildungs- und Forschungs- und Archivlandschaft
 - Regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger, dabei Beachtung der regionalen Orientierung der Bevölkerung (Bundeslandbezug und Region Berlin/Brandenburg)

Verwaltung

- Bessere Personalentwicklung durch Zusammenarbeit mit den Archiven des Bundes, Austausch und Rotation von Personal, gemeinsame Personalbetreuung, gemeinsame Aktivitäten wie Gesundheitsvorsorge, gemeinsame Aus- und Weiterbildung mit einheitlichen Standards
- Anpassung des Personalkörpers und des Stellenplans entsprechend der archivfachlichen Aufgaben
- Erzielung von Synergie-Effekten im Bereich Beschaffung durch gemeinsamen kostengünstigeren Einkauf
- Einheitliche IT in den Archiven des Bundes, gemeinsamer IT-Service, gemeinsame Einführung der e-Akte